UiD
CDU-Informationsdienst
Union in Deutschland
Bonn, den 10. Januar 1991
1/91

Bundeskanzler Helmut Kohl:

„Die innere Einheit stärken, die europäische Einigung vollenden“

In den vergangenen anderthalb Jahren haben Deutschland und Europa neue Statur gewonnen. Die mutigen Demonstrationen der Deutschen in der ehemaligen DDR gegen das SED-Regime und die Öffnung der ungarischen Grenze im September 1989 bildeten den Auftakt zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Zu dieser Entwicklung haben viele beigetragen: die Freiheits- und Demokratiebewegungen in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, unsere Partner und Freunde in der Europäischen Gemeinschaft und der Atlantischen Allianz durch ihre jahrzehntelange Solidarität und nicht zuletzt Präsident Gorbatschow durch seine Bereitschaft, das Recht der Staaten und Völker auf ihren eigenen Weg zu respektieren.

Zwei weitere Ereignisse im vergangenen Jahr vervollständigen das Bild und machen so die historische Dimension der Entwicklung in den vergangenen Monaten deutlich. Beide Daten stehen für die europäische Einbettung und für die politische Bestätigung der Deutschen Einheit: Zum einen haben auf dem KSZE-Gipfel vom November in Paris alle 34 Teilnehmerstaaten die Vollendung der staatlichen Einheit Deutschlands positiv gewürdigt. Zugleich ist in Paris auch ein staatenübergreifender Rahmen für eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung auf

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

HEUTE AKTUELL

● **Golfkrise**
Zur Verlegung des Alpha-Jet-Geschwaders in die Türkei. Seite 5

● **Statistik**
SPD und Grüne nicht mehr Partei der Jungwähler. Seite 8

● **Arbeitsmarkt**
Weiter Beschäftigungsboom/ Zahl der Arbeitslosen war 1990 deutlich niedriger. Seite 9

● **Asylanten**
Wolfgang Schäuble: Ursachen der Flüchtlingsströme „vor Ort“ bekämpfen. Seite 23

● **Umweltschutz**
1990 konnten große Fortschritte erzielt werden. Seite 26

● **Öffentlichkeitsarbeit**
Gesamtangebot der Informations- und Werbemittel der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Rosa Teil

● **Dokumentation**
Stichtag 1. Januar 1991! Gesetze, Verordnungen, Neuregelungen. Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

unserem Kontinent entwickelt worden. Zum anderen wurde am 2. Dezember — erstmals seit der Reichstagswahl im November 1932 — frei und direkt ein Parlament für ganz Deutschland gewählt.

In den kommenden Jahren geht es um zwei zentrale Aufgaben: erstens um den Aufbau der neuen Bundesländer und das Zusammenwachsen zu innerer Einheit. Und zweitens um das Vorantreiben der europäischen Einigung, den noch unvollendeten Auftrag der Präambel unseres Grundgesetzes.

Diese Aufgaben stellen sich uns in einer Zeit großer wirtschaftlicher Dynamik im Innern, die nach Ansicht aller Experten auch weiterhin anhalten wird. Nie zuvor gab es in der bisherigen Bundesrepublik eine längere konjunkturelle Aufwärtsentwicklung und nie zuvor in der Geschichte der bisherigen Bundesrepublik gab es mehr Arbeitsplätze, höhere Einkommen, breiteren Wohlstand und ein höheres Maß an sozialer Sicherheit wie zu Beginn der neunziger Jahre.

Nachdrücklich dokumentiert wird das gerade in diesen Monaten — etwa durch eine außerordentlich dynamische Zunahme der Erwerbstätigenzahl in den alten Bundesländern, wie sie selbst in der Aufbauzeit nach 1948 nicht zu verzeichnen war.

Mehr noch als in der Vergangenheit rükken heute — angesichts von Aufbruch und Neuanfang zwischen Rügen und Erzgebirge, zwischen Elbe und Oder — die Wurzeln von wirtschaftlichem Erfolg, sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher Stabilität ins Bewußtsein. Zu nennen sind zunächst und vor allem die Leistungen der Menschen in unserem Land. Ihr Leistungswille allein hätte aber nicht genügt. Das zeigt das Schicksal der Menschen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und im Ostteil Berlins. Denn auch si waren und sind nicht weniger leistungswillig als Arbeitnehmer und Unternehmer zwischen Rhein und Elbe.

Anteil am wirtschaftlichen Erfolg und a der inneren Stabilität der Bundesrepubli haben vielmehr auch jene Institutionen und gewachsenen Strukturen, ohne die kein freiheitliches Gemeinwesen auf Dauer erfolgreich bestehen kann: Eine klare, verläßliche und zugleich anpassungsfähige Wirtschafts-, Rechts- und Gesellschaftsordnung, ein bewährter Par lamentarismus, der von demokratischen Parteien getragen wird, eine kompetente öffentliche Verwaltung sowie freie Gewerkschaften, Verbände und verantwortliche Tarifpartner. Dies zusammengenommen prägt die **Soziale Marktwirtschaft** als „die bessere Ordnung", wie es auch von allen Teilnehmerstaaten der Bonner KSZE-Wirtschaftskonferenz im März 1990 eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht worden ist.

Nicht geringzuschätzen ist zudem der Wert der im Westen Deutschlands hochentwickelten Infrastruktur sowie die Fähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft, sich neuen Herausforderungen wie Umweltschutz und einer humanen Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts — beispielsweise in den Biowissenschaften — zu stellen.

In all diesen Bereichen muß in den neue Bundesländern rasch aufgearbeitet werden, was dort in 40 Jahren sozialistische Mißwirtschaft versäumt worden ist. Dreh- und Angelpunkt für den Übergang zur Sozialen Marktwirtschaft sind **baldig massive Investitionen** — in die Qualifizierung der Arbeitnehmer genauso wie in Gebäude und Maschinen. Die Bundesregierung flankiert die erforderliche Umstrukturierung durch Hilfen für private Investitionen in gleicher Weise wie durch Leistungen der Arbeitslosen-,

Kranken- und Rentenversicherung in Milliarden-Höhe.

Sie schafft zugleich die elementaren Bedingungen für wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung, indem sie beschleunigt sicherstellt, daß z.B. Zweigstellen, Tochterunternehmen und Geschäftspartner ohne lange Verzögerungen miteinander telefonieren können. Schon jetzt wird beträchtlich investiert. Die Bundespost schaltet allein im kommenden Jahr weit über **600.000 neue Anschlüsse.**

Aber auch auf anderen Feldern müssen wir dem rasch wachsenden Bedarf an Infrastruktur so schnell wie möglich entsprechen. Das gilt für den Ausbau der Verkehrswege ebenso wie für Strom-, Wasser-, Versorgungs- und Entsorgungsnetze. Denn der Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur ist zugleich entscheidende Voraussetzung für rasche gewerbliche Ansiedlung und damit für sichere Arbeitsplätze. Und von beidem profitiert der Staat später nicht zuletzt bei den Staatseinnahmen.

All diese Ausgaben — sei es für Infrastruktur, Wirtschaftshilfen, Qualifizierungsmaßnahmen oder Sozialleistungen — sind daher nichts anderes als eine Investition in unsere gmeinsame Zukunft. Wir müssen heute säen, damit wir morgen die Früchte unserer gemeinsamen Anstrengungen ernten können.

Deswegen muß auch klar sein: Eine **öffentliche Verschuldung,** wie sie derzeit wegen der historischen Ausnahmesituation gegeben ist, kann auf Dauer keinesfalls akzeptiert werden. Darin ist der Deutschen Bundesbank genauso uneingeschränkt zuzustimmen wie dem Wirtschafts-Sachverständigenrat.

Gerade im Blick auf die anstehenden schwierigen Aufgaben, hat sich die Bundesregierung gegen Steuererhöhungen für die deutsche Einheit ausgesprochen.

Mehr denn je brauchen wir jetzt den Leistungswillen von Arbeitnehmern, unternehmerische Risikobereitschaft und eine hohe Investitionsdynamik. Diese sind nicht nur Basis unseres eigenen Wohlstandes, sondern Hoffnung auf bessere Lebensverhältnisse für viele Menschen in Europa und darüber hinaus.

Die Europäische Gemeinschaft wirkt heute als erfolgreiches Beispiel insbesondere für die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Niemand spricht heute noch von „Eurosklerose".

Mit dem Erreichten können wir uns jedoch nicht zufrieden geben. Wirtschaftlich und politisch wollen wir die Gemeinschaft weiter festigen und zügig zur Europäischen Union ausbauen.

Der große **europäische Binnenmarkt**, den wir bis Ende 1992 vollenden werden, ist eine wichtige Zwischenstation auf diesem Weg — nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Diesen großen Markt zu verwirklichen und zugleich die soziale Dimension des fortschreitenden Integrationsprozesses zu sichern, trägt bereits heute Früchte: Das stabile Wirtschaftswachstum und die stark steigende Beschäftigung beruhen nicht zuletzt auf Investitionen, die bereits mit Blick auf den entstehenden gemeinsamen Markt getätigt wurden.

Der Europäische Rat hat in Rom Mitte Dezember 1990 zwei parallele Regierungskonferenzen eingesetzt, um die Grundlagen für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion sowie für die Politische Union festzulegen.

Für uns Deutsche sind auf diesen Konferenzen folgende Eckpunkte von besonderer Bedeutung:

Erstens muß die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion als Ziel eine gemeinsame europäische Währung haben, die genauso solide und anerkannt

ist wie die D-Mark. Ihr Rückgrat muß ein Europäisches Zentralbanksystem bilden, das föderal gegliedert und unabhängig von politischen Weisungen arbeitet.

Zweitens müssen wir — mit Blick auf die nächsten Europawahlen im Sommer 1994 — die Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments nachhaltig stärken und die Arbeit der Gemeinschaftsorgane unter anderem durch vermehrtes Anwenden von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat verbessern.

Und **drittens** müssen wir eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik entwikkeln, mit der wir unsere gemeinsamen Interessen besser als bisher zur Geltung bringen können.

Nur eine Europäische Gemeinschaft, die im Inneren gefestigt und voll handlungsfähig ist, kann auch treibende Kraft im gesamteuropäischen Prozeß sein.

Europa hört nicht an Oder und Neiße auf. Auch die Menschen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa brauchen eine klare europäische Perspektive. Das geeinte Deutschland sieht sich aufgrund seiner geographischen Lage im Herzen Europas, aber auch vor dem Hintergrund unserer Geschichte hier in einer besonderen Verantwortung.

Wir haben die tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa aus dieser Verantwortung heraus von Anfang an nachdrücklich unterstützt. Um so mehr müssen wir mit unseren Partnern in der Gemeinschaft verhindern, daß sich zwischen den westlichen und dem östlichen Europa eine neue Mauer — diesmal des Wohlstands — schiebt.

Damit dienen wir gleichzeitig unseren eigenen Interessen. Denn wirtschaftlicher und sozialer Niedergang erzeugen politische Instabilität, die auch auf uns zurückwirken würde. Zugleich ist Hilfe für den Nachbarn in Not für uns ein Gebot der Menschlichkeit.

Ich bin sicher, daß die zahlreichen, von einer Welle der Hilfsbereitschaft getragenen humanitären Aktionen für die Sowjetunion bei den Menschen dort das Bild eines neuen Deutschland prägen werden.

Es geht jedoch um weit mehr als kurzfristige Hilfe und Unterstützung: Ziel ist die Einigung ganz Europas und mit ihr ein gesamteuropäischer Wirtschaftsraum, an dem alle Staaten unseres Kontinents Anteil haben und der wachsende Bedeutung im Welthandel gewinnt. Dies ist ein ehrgeiziges Ziel, das nicht morgen erreicht sein wird. Aber gerade das vergangene Jahr hat gezeigt, daß Visionen Wirklichkeit werden können. Für die Vision eines geeinten Europa in einer freien Welt lohnt jede Anstrengung. Dieser Herausforderung stellen wir uns.

(Dieser Beitrag ist dem „Handelsblatt" vom 31. 12. 1990 entnommen)

Bundesbank: 1991 bessere Konjunktur

Die Bundesbank erwartet für 1991 ein deutlich höheres Wachstum, als die meisten Konjunktur-Beobachter bisher angenommen haben. Der Präsident der Landeszentralbank in Hessen, Karl Thomas, sagte, die Zunahme des deutschen Bruttosozialprodukts würde real weit über die 2,5 Prozent hinausgehen, die die Bundesbank noch Mitte Dezember unterstellt hatte. Es könne mit einem Wachstum von drei Prozent und mehr gerechnet werden. Thomas verwies auf den anhaltenden Boom in Westdeutschland und den im zweiten Halbjahr zu erwartenden Aufschwung im Osten. Gleichzeitig forderte er von Bonn erneut drastische Einsparungen um 40 Milliarden Mark.

Zur Verlegung des Alpha-Jet-Geschwaders

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Heinz Hornhues erklärt zur Verlegung von Flugzeugen der Bundesluftwaffe als Teil der mobilen Eingreiftruppe (AMF) der NATO in die Türkei: Die Verlegung des Alpha-Jet-Geschwaders im Zuge der strategischen Abschreckung in die Türkei dient der Wahrung des Friedens. Die Fraktion begrüßt diese Maßnahme des Bündnisses und begrüßt die Zustimmung der Bundesregierung zu dieser Maßnahme. Dies ist das richtige Signal zur rechten Zeit.

Die Fraktion begrüßt weiter, daß bei dieser Gelegenheit die Bundesregierung noch einmal klargestellt hat, daß über den Einsatz des deutschen Anteils an der mobilen Eingreiftruppe im Falle eines bewaffneten Konflikts nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Bundesregierung in den zuständigen Bündnisgremien entschieden werden kann. Dabei ist selbstverständlich, daß sowohl nach dem Grundgesetz als auch nach dem NATO-Vertrag der bewaffnete Einsatz dieser Streitkräfte nur zum Zwecke der Verteidigung erlaubt ist.

Der SPD-Vorsitzende Hans-Joachim Vogel und der außenpolitische Sprecher der SPD, Karsten Voigt, reden am Thema vorbei, wenn sie behaupten, die NATO würde durch ihren Einsatz Drittländer bedrohen. Die Entsendung der mobilen Eingreiftruppe dient ausschließlich dem Schutz der Türkei, die sich durch die aggressive Politik der irakischen Führung bedroht fühlt. ■

Zitat

Alles Gute

Bundeskanzler Kohl hatte zu Neujahr ein doppeltes Schlüsselerlebnis: zwei einflußreiche ausländische Zeitungen, „Le Monde" und die „Financial Times" — beide diesem Land und seiner Bevölkerung traditionell zweifelnd gegenüberstehend — haben ihn zu ihrem jeweiligen Mann des Jahres ernannt. Das deutsche Fernsehen aber machte ihn gleichzeitig zum Gegenstand einer unsäglichen Anpöbelei durch sogenannte Kabarettisten, ganz in dem personenbezogenen Stil, in dem vor einem halben Jahrhundert Menschen in diesem Land wegen ihrer Nasenform heruntergemacht wurden. Das appelliert an den Instinkt und erspart die sachliche Auseinandersetzung, die, was immer man der Regierung im Einzelfall vorwerfen kann oder muß, jedenfalls stets in der Einsicht endet, daß man sich anschließend an der Kasse ein fettes Honorar abholt, das allein dank der erfolgreichen Politik dieser Regierung gezahlt werden kann.

(„Die Welt", vom 5. 1. 1991)

Steuerreform in Schweden

Die Schweden müssen sich an ein neues Steuersystem gewöhnen. Zum neuen Jahr ist in dem skandinavischen Land eine Steuerreform in Kraft getreten, die auf eine zunehmende Besteuerung des Umsatzes abstellt. Bisher war das Einkommen stärker versteuert. Zu den wichtigsten Neuerungen gehört die deutliche Herabsetzung des Spitzensatzes der Einkommenssteuer auf rund 50 Prozent von bisher 72 Prozent. Die Körperschaftssteuer der Unternehmen wird auf 30 Prozent von bisher über 50 Prozent gesenkt. Dennoch bleiben die Schweden weltweit die mit am stärksten belasteten Steuerzahler.

Alfred Dregger wieder Fraktionsvorsitzender

Auf Vorschlag des CDU-Vorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, und des CSU-Vorsitzenden, Bundesfinanzminister Theo Waigel, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf der Grundlage der Vereinbarung über die Fortführung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU den bisherigen Vorsitzenden Alfred Dregger für ein Jahr erneut zu ihrem Vorsitzenden gewählt.

Das Wahlergebnis lautete:

Abgegebene Stimmen: 300
Ja: 268
Nein: 21
Enthaltung: 11

Auf Vorschlag von Alfred Dregger wurde Friedrich Bohl zum 1. Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt.

Abgegebene Stimmen: 243
Ja: 240
Nein: 1
Enthaltung: 2

Zitat

Das Erbe der Sozialisten

Zunächst einmal möchte ich feststellen, daß wir aus der alten Bundesrepublik Deutschland enorme Leistungen für die neuen Bundesländer erbracht haben. Das Erbe, das uns die Kommunisten, die Sozialisten in der DDR hinterlassen haben, ist einfach katastrophal — noch katastrophaler als man es hätte voraussehen können.

Die bisherige Regelung zwischen Bund und Ländern sieht vor, daß der Bund bis 1994 363 Milliarden aufbringt für die neuen Bundesländer, die alten Bundesländer aber nur 23 Milliarden. Das ist zu wenig. Hier muß eine Neuregelung erfolgen. Es ist ja so, daß die boomende Konjunktur, die wir in West-Deutschland haben, die alles übersteigt, was in anderen Nachbarländern, in der Welt und auch in den USA geschieht, auch mitverursacht ist durch die Antriebskräfte, die aus der Wiedervereinigung Deutschlands hervorgegangen sind. Man kann einzelnen Bundesländern vorrechnen, daß sie an der Wiedervereinigung sogar verdient haben, daß ihre Steuermehreinnahmen durch diesen Umstand größer sind als die Leistungen, die sie für die deutsche Einheit erbringen. Ich sage das ohne Anklage, denn die jetzige Regelung ist vereinbart worden. Aber ich bin der Meinung, daß diese Länder, auch die alten Bundesländer, sich ihrer Solidaritätspflicht nicht entziehen können.

Alfred Dregger im „Deutschlandfunk"

Innenpolitiker wollen zügig ans Werk gehen

Die Koalitionsgespräche zur Innenpolitik sind erfolgreich abgeschlossen. Für die neue Wahlperiode wurde — so Johannes Gerster — ein Mammutprogramm vereinbart.

● Die in Artikel 5 des Einigungsvertrages genannten und die durch die europäische Union erforderlich werdenden Grundgesetzänderungen werden durch ein aus Bundestag und Bundesrat zusammengesetzes Gremium vorbereitet. Weder ein Verfassungsrat noch eine Enquetekommission werden gebildet.

● Bis Ende 1992 wird das Asylrecht in formeller und materieller Hinsicht auf europäischer Ebene angeglichen. Die Flüchtlingskonzeption der Bundesregierung wird umgesetzt. Das Asylverfahren wird weiter beschleunigt, das Arbeitsaufnahmeverbot wird abgeschafft, Saisonarbeitserlaubnisse werden großzügiger erteilt und für abgelehnte Asylbewerber gibt es keine Sozialhilfe mehr.

● Artikel 116 Grundgesetz bleibt unberührt, allerdings werden die Kriegsfolgengesetze überprüft, gegebenenfalls aufgehoben bzw. angepaßt.

● Für Enteignung zwischen 1945 und 1949 wird auf der Basis der anstehenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ein Ausgleich geschaffen. Für Enteignungen nach 1949 wird ein Entschädigungsgesetz geschaffen.

● Entsprechend dem Beschluß des Ausschusses Deutsche Einheit vom 19. September 1990 werden die Rehabilitierungsregelungen überprüft und angepaßt.

● Eine gesetzliche Regelung zur Behandlung der Stasi-Akten wird unverzüglich vorgelegt; das SED-Parteiarchiv ist, soweit staatliche Angelegenheiten betroffen sind, in das Bundesarchiv zu überführen.

● Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsrecht wird grundlegend neu gefaßt.

● Zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und insbesondere der Rauschgiftkriminalität werden das StGB und die StPO ergänzt. Dabei geht es um die Geldwäsche, den erweiterten Vermögensverfall, die Vermögensstrafe, die Rasterfahndung, den Einsatz verdeckter Ermittler und den Zeugenschutz.

● Der Bundesgrenzschutz bleibt in seiner bisherigen Größenordnung erhalten und bekommt als neue Aufgaben die Bahnpolizei, auf Antrag der Länder die Sicherung des Luftverkehrs und den Schutz der Verfassungsorgane übertragen.

● Das gemeinsame Sicherheitsprogramm Bund-Länder wird fortgeschrieben.

● Das PKK-Gesetz wird überarbeitet, die Befugnisse der PKK-Kommission werden gestärkt.

● Aus den politischen Veränderungen heraus werden die Tätigkeiten der Nachrichtendienste überprüft.

● Kunst und Kultur in den neuen Bundesländern erhalten 1991 eine Übergangsfinanzierung von 900 Millionen Mark. Ein Programm zur Denkmalpflege und zur Erhaltung historischer Bausubstanz wird aufgelegt. Das Aktionsprogramm zur Weiterführung ostdeutscher Kulturarbeit wird fortgeschrieben. Für kulturelle Leistungen werden die steuerlichen Rahmenbedingungen verbessert.

● Der öffentliche Dienst in den neuen Bundesländern wird dem westlichen System angepaßt.

SPD und Grüne sind nicht mehr die Parteien der Jungwähler

Der Tenor amtlicher Verlautbarungen der SPD nach der Bundestagswahl lautete: Die SPD habe zwar verloren, doch es habe sich um eine Generationenwahl gehandelt; die SPD habe großen Zulauf bei der Jugend erhalten. Lafontaine: „Es ist uns in einem viel größeren Umfang als früher gelungen, die Jugend für uns zu mobilisieren", und: er wolle an seinen Themen festhalten, weil sie besonders bei der Jugend angekommen seien. Horst Ehmke fügte hinzu, Lafontaine habe jene jungen Leute zur Sozialdemokratie zurückholen können, die Helmut Schmidt einst vergrault habe. Beides ist falsch, wie sich aus der nun vorliegenden Wahlstatistik des Bundeswahlleiters ergibt.

Danach hat die SPD mit 34,9 Prozent an den Erstwählern, in der Gruppe der 18- bis 25jährigen, einen Anteil von etwas mehr als einem Drittel. In der Gruppe der 25- bis 35jährigen liegt die SPD-Quote mit 38,7 Prozent etwas höher. Die CDU wiederum liegt beim Erstwähleranteil (34,5 Prozent) mit der SPD fast gleichauf, bei den 25- bis 35jährigen trennen die Christdemokraten von den Sozialdemokraten gerade knapp fünf Prozent: Die SPD ist nicht die Partei der Jungwähler.

Das war vor zehn Jahren noch anders: Damals holte die SPD mit Helmut Schmidt als Kanzlerkandidaten noch 48,9 Prozent der Stimmen in der Erstwählergruppe. Die Christdemokraten, die mit Franz Josef Strauß antraten, waren mit 25 Prozent in dieser Gruppe hoffnungslos abgeschlagen. Und selbst in der Kategorie der 25- bis 35jährigen konnte die SPD noch 47,1 Prozent verbuchen, die CDU hingegen nur 26 Prozent. Daraus ist erkennbar, wie stark die Union bei den Jungwählern bis zur Bundestagswahl 1990 aufholen konnte, zudem, daß die SPD in dieser Gruppe überdurchschnittlich stark einbüßte. Wo Lafontaine jedenfalls jene Jungwählerstimmen geholt haben soll, die Schmidt angeblich verprellte, ist nicht erkennbar.

Die repräsentative Wahlstatistik differenziert nach alten und neuen Ländern. Dabei liegt der Jungwähleranteil der SPD im Westen erheblich über dem im Osten, der Abstand zur Union ist im Westen signifikant. Was die neuen Länder anbelangt, so ist nicht die SPD, sondern die Union die Partei der Jugend. Sie holte in den beiden Gruppen bis 35 Jahre 32,2 bzw. 35,6 Prozent, die SPD nur 22,7 bzw. 24,6 Prozent.

Ins Bild paßt, daß auch die Grünen, als Bewegung der Jugend gestartet, Jungwähler verlieren. 1983 und 1987 konnte die Ökopartei gerade in den beiden Gruppen der 18- bis 25- und der 25- bis 35jährigen einen starken Zulauf verbuchen. Jede sechste Wählerstimme ging an diese Partei. In diesen beiden Altersgruppen büßt sie drei bzw. sechs Jahre später die Hälfte der Stimmen ein: Der Zuspruch liegt nur noch bei gut sieben Prozent. Nach alldem zeigt sich: Die Einschätzung, die Jugend wähle links, gehört offensichtlich der Vergangenheit an.

(aus: **„Die Welt"** vom 5. 1. 1991)

Arbeitslosenzahl sank 1990 deutlich unter 1,9 Millionen

Zu den bekanntgegebenen Arbeitsmarktdaten gibt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Horst Günther, folgende Stellungnahme ab:

Hervorragende Entwicklung in den alten Bundesländern

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Dezember 1990 gegenüber November war der geringste nach 1979. Die Arbeitslosenquote — bezogen auf die unselbständig Beschäftigten lag mit 6,8 Prozent deutlich niedriger als im Dezember 1981 (7,3 Prozent). Die absolute Zahl der Arbeitslosen lag um 267.822 niedriger als ein Jahr zuvor; dies ist der bisher erreichte höchste Rückgang der Arbeitslosigkeit innerhalb eines Jahres. Hauptsächlich ist dafür die gute Beschäftigungssituation als Folge der hervorragenden Wirtschaftskonjunktur maßgebend, die auch der Bauwirtschaft selbst in den ungünstigen Wintermonaten hohe Auslastung und gute Beschäftigungsmöglichkeiten sichert. Vor allem wird damit in erfreulicher Weise der Anstieg der Arbeitslosigkeit zwischen Dezember und März, wie er zwischen 1981 und 1988 in extremer Weise festzustellen war, spürbar gedämpft.

Gute Jahresbilanz

Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit lag in 1990 deutlich unter 1,9 Millionen. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote hat mit 7,2 Prozent erstmalig nach acht Jahren niedriger gelegen als 1982 (7,5 Prozent). Der Rückgang der Arbeitslosigkeit gegenüber 1989 um über 153.000 trotz starker Zuwanderung von Aus- und Übersiedlern ist ein sensationeller Erfolg.

Gute weitere Perspektiven

Die gute Ausgangslage zum Jahreswechsel rechtfertigt Hoffnungen, daß die Arbeitslosigkeit in 1991 im Trend weiter absinkt. Mitmaßgebend dafür ist auch die durch die Bundestagswahlen vom 2. 12. 1990 gesicherte kontinuierliche Fortsetzung der bewährten Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik der christlich-liberalen Koalition.

Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Bundesländern besser als erwartet

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit waren zum Jahresende 1990 geringer als seit Monaten erwartet. Zwar gehen auf Grund des Strukturwandels viele Arbeitsplätze verloren; es gibt aber bereits jetzt viele Angebote an neuen Arbeitsplätzen. Außerdem erreichen inzwischen berufliche Förderungsmaßnahmen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ein beachtenswertes Niveau, durch das auch die Arbeitslosigkeit spürbar gesenkt wird. Als sozialflankierende Arbeitsmarktentlastungsmaßnahme bewährt sich das stark angenommene Altersübergangsgeld, durch das mittelbar viele Arbeitsplätze für Beschäftigte in mittleren und jüngeren Altersgruppen gesichert werden können.

Im geeinten Deutschland insgesamt in 1991 befriedigende Perspektiven für Wirtschaft, Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Die gespaltene Entwicklung bezüglich Wirtschaft, Beschäftigung und Arbeitsmarkt zwischen alten und neuen Bundesländern, wie sie in 1990 typisch war, wird sich in 1991 zunächst fortsetzen. In den alten Bundesländern ist mit kontinuierlichem starkem Wirtschaftswachstum und kräftiger Zunahme der Beschäftigung zu rechnen. In den neuen Bundesländern wird es bis zur Jahresmitte 1991 erhebliche Arbeitsplatzverluste geben, die zahlenmäßig nicht voll durch neue Arbeitsverhältnisse ausgeglichen werden können. Viele Arbeitnehmer der neuen Bundesländer werden aber in den alten Ländern wegen des dort teilweise bestehenden Fehlens von Fachkräften als Berufspendler Arbeit finden und mit guten Verdiensten die Nachfrage in ihrem Wohnumfeld beleben. Dieser Prozeß ist zu begrüßen, weil er das wirtschaftliche Wachstum zusätzlich fördert und die Einnahmen des Staates und der Sozialversicherung steigert. Die so verbesserte Beschäftigungsentwicklung erhöht auch die Chancen für Langzeitarbeitslose in den alten Bundesländern auf Wiedereingliederung in das Erwerbsleben und kommt insbesondere Schwerbehinderten zugute.

Insgesamt ist bereits in 1991 im geeinten Deutschland mit wirtschaftlichem Wachstum zu rechnen, das sich danach mit der ab Mitte 1991 zu erwartenden Belebung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern beschleunigen dürfte.

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote dürfte selbst in kritischen Monaten dieses Jahres unterhalb des Niveaus bleiben, mit dem Volkswirtschaft und Staat im Gebiet der alten Bundesländer in den schwierigen Jahren 1983 bis 1985 fertig werden mußten.

Wohngeld jetzt auch in den neuen Bundesländern

Ab 1. Januar 1991 gibt es auch in den neuen Bundesländern Wohngeld. Es wird Mietern und Eigentümern gezahlt, wenn die Höhe ihrer Miete bzw. Belastung die eigene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit überfordert. Wer einen Zuschuß zu seinen Wohnkosten erhält, darüber informiert eine neue Wohngeldbroschüre. Sie enthält neben den wichtigsten Wohngeldbestimmungen viele praktische Erläuterungen sowie Beispiele zur Berechnung des Wohngeldes. Sie wird in allen örtlichen Wohngeldstellen ausgelegt werden und kann ab sofort kostenlos beim Bundesbauministerium, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Deichmanns Aue, 5300 Bonn 2, angefordert werden.

Truppenbesuch im Standort Leipzig

Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bernd Wilz, besuchte zu Weihnachten 1990 im Standort Leipzig deutsche und sowjetische Truppenteile. Zunächst ist klar festzustellen, daß unsere Wehrpflichtigen (Ost) gerade im sozialen Umfeld noch Nachholbedarf haben. Das gilt natürlich genauso für die sowjetischen Wehrpflichtigen, die zwei Jahre ohne Urlaub in einem fremden Land als Soldat verbringen müssen und während dieser Zeit sehr wenig Taschengeld bekommen. „Die deutschen und auch sowjetischen Soldaten waren positiv berührt von dem Besuch und von dem, was ich dort überreichen konnte“, stellte Wilz fest.

Wolfgang Schäuble:

Ursachen der Flüchtlingsströme „vor Ort" bekämpfen

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im Monat Dezember 1990 12.702 Asylbewerber (Vormonat: 18.314) registriert. Gegenüber dem Vormonat ist damit die Dezemberzahl der Asylbewerber zwar deutlich zurückgegangen; wegen der hohen Zugangszahlen in den Sommermonaten hat sich dieser Rückgang jedoch nicht wesentlich auf die Gesamtzahl ausgewirkt.

Insgesamt haben im Jahre 1990 193.063 Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland Asyl beantragt. Gegenüber dem Vorjahr (121.318 Personen) ist das eine Steigerung von 59,1 Prozent. Es ist der bisher höchste Zugang innerhalb eines Jahres.

Der Anteil der Europäer an den Asylbewerbern insgesamt beträgt 52,6 Prozent und ist damit erneut zurückgegangen (1988: 69,3 Prozent, 1989: 60,4 Prozent).

Aus der Dritten Welt sind vor allem die starken Zunahmen bei Libanesen, Vietnamesen, Afghanen und Palästinensern hervorzuheben. Nicht unerhebliche Zunahmen sind aber auch bei Indern (1990: 5.612, 1989: 3.137) und Syrern (1990: 3.913, 1989: 1.332) zu verzeichnen. Eine bedeutsame Abnahme ist lediglich bei Srilankern eingetreten (1990: 4.361, 1989: 7.758).

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat 1990 über die Anträge von 148.842 Personen (1989: 120.610) entschieden. Als asylberechtigt anerkannt wurden 6.518 Personen (1989: 5.991); das entspricht einer Anerkennungsquote von 4,4 Prozent (1989: 5,0 Prozent) nach Abschluß des Asylverfahrens beim Bundesamt.

Hierzu erklärt Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble:

„Die Zunahme des Asylbewerberzugangs gegenüber 1989 kommt nicht überraschend. Sie ist insbesondere eine Folge des wirtschaftlichen und sozialen Gefälles zwischen den Wohlstandsländern einerseits und den Armutsländern andererseits. Mit diesem Problem ist nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern sind alle westeuropäischen Staaten konfrontiert.

Eine Ursache dafür liegt in den weltweit zu verzeichnenden Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen, die — erleichtert durch moderne Massentransportmittel — bis nach Europa und in die Bundesrepublik Deutschland reichen. Deshalb muß künftige Flüchtlingspolitik nicht nur als innere Angelegenheit eines Staates, sondern als weltweite Aufgabe zur Bekämpfung der Ursachen betrachtet werden.

Eine der wichtigsten Aufgaben für die 90er Jahre ist es vor allem zu verhindern, daß nicht in Europa eine neue Armutsgrenze entsteht, nachdem der Eiserne Vorhang beseitigt ist. Wenn die Menschen in einem Teil Europas in bitterer Armut leben, werden sie versuchen, in die Wohlstandsländer zu gelangen, weil sie dort nicht Hunger leiden müssen.

Die Bundesregierung hat am 25. September 1990 die von mir vorgelegte Flüchtlingskonzeption beschlossen. Im Mittelpunkt steht die Überlegung, durch eine

Kombination von Reintegrations- und Strukturverbesserungsprogrammen einerseits zu einer Entlastung der Bundesrepublik Deutschland zu kommen und andererseits den Wanderungsdruck auf Westeuropa und insbesondere auf die Bundesrepublik Deutschland nachhaltig zu verringern. Derartige Probleme können erfolgreich nicht allein von der Bundesrepublik Deutschland, sondern müssen gemeinsam von den Industriestaaten in Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern möglichst rasch in Angriff genommen werden. Wichtige internationale Kontakte wurden bereits aufgenommen, zuletzt auf der Konferenz der europäischen Staats- und Regierungschefs in Rom vor Weihnachten 1990.

Am 24./25. Januar 1991 wird in Wien mit Unterstützung des Europarates eine Ministerkonferenz über Ost-West-Wanderungsfragen stattfinden, an der nicht nur Minister der 24 Mitgliedstaaten des Europarates, sondern auch aus Australien, Bulgarien, Kanada, der ČSFR, Polens, Rumäniens, der UdSSR, den USA, Jugoslawien und dem Vatikan teilnehmen werden. Die Bundesrepublik Deutschland ist an den Vorbereitungen dieser Konferenz intensiv beteiligt. Die Wiener Konferenz im Januar ist nur der Auftakt einer Reihe von Konferenzen auf hoher Ebene zur gemeinsamen Bewältigung der Wanderungsproblematik.

Ziel dieser Gespräche ist es, zu einer abgestimmten Politik sowohl der Industriestaaten als auch der Herkunftsstaaten zu gelangen. Ich erwarte daher, daß die internationale Völkergemeinschaft sich deutlich verstärkt der weltweiten Flüchtlingsproblematik durch Bekämpfung der Fluchtursachen annehmen wird.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land. Sie soll es bleiben. Diesem Ziel dient die Begrenzung des weiteren Zuzugs ebenso wie die Integration der hier lebenden Ausländer, wie es das am 1. Januar 1991 in Kraft getretene Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts vorsieht.

Einer vernünftigen Ausländerpolitik dient auch ein sachgerechtes Asylverfahren. Dessen Anliegen muß es sein, daß derjenige, der tatsächlich politisch verfolgt ist, möglichst rasch anerkannt wird, daß aber auch umgekehrt der Antrag desjenigen, der nicht verfolgt ist, ebenso rasch abgelehnt wird. Dabei liegt es auch im Interesse der Betroffenen, daß sie bald Klarheit erhalten, ob sie bleiben dürfen oder nicht.

Asylverfahren konnten verkürzt werden

Hierzu wurden im vergangenen Jahr wichtige Grundlagen geschaffen.

Trotz der starken Zunahme der Asylbewerberzahlen konnte eine Verkürzung der Asylverfahren erreicht werden. Sie beträgt im beschleunigten Verfahren, das sind 25—30 Prozent aller Verfahren, 3 Tage bis 8 Wochen, im übrigen 9—10 Monate. Dies war möglich durch eine deutliche personelle Verstärkung des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (1988: 536, 1989: 844, 1990: 1.126) und die gleichzeitige organisatorische Straffung der Verfahrensabläufe. Hierzu wurden in den Bundesländern Außenstellen des Bundesamtes und zentrale Ausländerbehörden der Länder eingerichtet, damit insbesondere offensichtlich unbegründete Asylbegehren wesentlich schneller als früher zum Abschluß kommen. In den neuen Bundesländern wird entsprechend verfahren werden.

Ein weiterer Beschleunigungseffekt auch des gerichtlichen Verfahrens ist hinsichtlich der Asylanträge, die unbeachtlich oder offensichtlich unbegründet sind, ab Mitte Oktober 1990 eingetreten. Danach

entfällt die Möglichkeit, gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Beschwerde einzulegen. Eine abschließende Bewertung dieser Regelung ist angesichts der Kürze der Zeit, die seit ihrem Inkrafttreten vergangen ist, noch nicht möglich.

Durch die Gesetzesnovellierungen im vergangenen Jahr wurden die Möglichkeiten für Änderungen des einfachen Rechts unterhalb der Schwelle einer Verfassungsänderung weitgehend ausgeschöpft. Hier sehe ich keinen nennenswerten Handlungsspielraum. Für den Verwaltungsvollzug werden Bund und Länder gemeinsam nach weiteren Beschleunigungsmöglichkeiten bei der Bearbeitung der Asylverfahren suchen und diese auch unverzüglich umsetzen.

Notwendig ist ein europäisches Asylrecht. Verfassungsjuristen vertreten unterschiedliche Auffassungen, ob bei einer Harmonisierung des Asylrechts auf europäischer Ebene eine Grundgesetzänderung erforderlich wird. In der Koalition ist vereinbart, diese verfassungsrechtliche Frage in den nächsten zwei Jahren zu lösen.

Ich selbst bin der Auffassung, daß wir hierzu eine Grundgesetzänderung brauchen. Wie diese verfassungsrechtliche Frage aber gelöst wird, ist letztlich zweitrangig. Denn wir sind uns einig, daß wir spätestens bis Ende 1992, bis zur Öffnung der Grenzen in Europa, ein europäisches Asylrecht brauchen. Das könnte auf der Linie der Genfer Flüchtlingskonvention liegen. Und das heißt natürlich dann auch, daß jeder Staat innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die Asylentscheidung, die ein anderer Staat getroffen hat, anerkennt. Im darauffolgenden Schritt muß schließlich erreicht werden, die Asylbewerber innerhalb Europas entsprechend der Aufnahmefähigkeit eines jeden Staates zu verteilen. In der Vergangenheit haben bisher etwa 50 Prozent aller Asylbewerber, die nach Westeuropa gekommen sind, in der Bundesrepublik Deutschland um Asyl nachgesucht.

Die vordringlichste Lösung des Flüchtlingsproblems muß jedoch darauf gerichtet sein, die Ursachen der Flüchtlingsströme in den Herkunftsländern zu bekämpfen."

Die neue Familienpolitik

Mit dieser vom Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit herausgegebenen Broschüre wird ein erster Überblick über die Förderung der Familien nach der deutschen Vereinigung gegeben.

Insbesondere werden die für Familien in den neuen Bundesländern neuen Regelungen zum Mutterschutz, zum Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub vorgestellt. Darüber hinaus enthält die Schrift Informationen über Steuerfreibeträge für Familien mit Kindern und über das Kindergeld, über die familienpolitischen Leistungen für Alleinerziehende, für Kinder und Jugendliche im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes.

Weitere Themen sind die Beratungsangebote und Hilfen für Schwangere, die Leistungen für Familien mit behinderten Angehörigen sowie für ältere Menschen. Auch die Leistungen der Sozialhilfe werden vorgestellt.

Der Ratgeber ist kostenlos erhältlich beim Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Postfach, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 93 00.

Bernd Schmidbauer:

Im Umweltschutz konnten gute Fortschritte erzielt werden

Zum Jahreswechsel können wir eine äußerst erfreuliche umweltpolitische Bilanz vorlegen. Allein im Jahr 1990 hat die Koalition so zentrale Umweltgesetze wie das Bundes-Immissionsschutzgesetz, das Abwasserabgabengesetz oder das Chemikaliengesetz novelliert. Ein völlig neues Umwelthaftungsrecht ist geschaffen worden. Das Umwelthaftungsgesetz ist am 1. 1. 1991 in Kraft getreten und wird den Umweltschutz und die Rechtstellung der Geschädigten nachhaltig verbessern. Verschärfungen des Abwasserabgabengesetzes sowie Verbesserungen der steuerlichen Förderung schadstoffarmer PKW und besonders schadstoffarmer Diesel-PKW werden zum neuen Jahr wirksam.

Die in den Vorjahren geschaffenen gesetzlichen Rahmenbedingungen haben bereits zu einer nachhaltigen Verbesserung der Umweltsituation geführt. Aufgrund der Maßnahmen zur **Luftreinhaltung** hat sich in den alten Bundesländern z. B. der Ausstoß an Schwefeldioxid von 3,5 Mio. t im Jahr 1979 auf 0,9 Mio. t im Jahr 1990 verringert. Der Anteil der PKW mit geregeltem Drei-Wege-Katalysator an den Neuzulassungen von Otto-Motor-PKW beträgt mittlerweile fast 100 Prozent. Im November 1988 war lediglich die Hälfte aller neu zugelassenen PKW mit Otto-Motor mit dem geregelten Drei-Wege-Katalysator ausgestattet.

Die vielfältigen **Gewässerschutzmaßnahmen** haben dazu geführt, daß das Wasser in den bundesdeutschen Flüssen erheblich sauberer geworden ist. So konnten z. B. im Rhein bereits 1987 wieder 97 verschiedene Arten von Kleinstlebewesen gefunden werden. Im Vergleich hierzu waren es 1971 nur 27 Arten.

Im **Chemikalienbereich** ist die Herstellung oder Verwendung einer Reihe von Stoffen zum Teil erheblich eingeschränkt worden. Noch 1976 wurden in der Bundesrepublik Deutschland allein in Spraydosen über 50.000 Tonnen Fluorchlorkohlenwasserstoffe eingesetzt. 1989 waren es nur noch 2.600 t. Mitte 1988 waren 95 Prozent der Haar- und Deosprays, die auf den Markt kamen, schon FCKW-frei. Die Produktion von FCKW wird in der Bundesrepublik Deutschland bis 1995 über mehrere Stufen vollständig eingestellt werden.

Im **Naturschutzbereich** ist die Zahl der Naturschutzgebiete in den vergangenen Jahren ständig gestiegen. Seit 1982 hat sich die Zahl der Naturschutzgebiete fast verdoppelt. Der Anteil der Naturschutzgebiete an der Gesamtfläche wurde von ca. 0,9 Prozent 1982 auf 1,38 Prozent Anfang 1989 gesteigert.

Trotz unserer umfassenden Umweltpolitik stehen wir noch vor großen Herausforderungen:

1. Sanierung der fünf neuen Bundesländer

Die Umweltsituation in den besonders belasteten Gebieten der fünf neuen Bundesländer muß weiter verbessert werden. Dabei ergeben sich folgende Prioritäten:

- Abwehr von Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung
- Sanierung von Altlasten
- Umweltvorsorge.

Die ökologische Sanierung in den neuen Bundesländern ist bereits in vollem Gange. Durch die vom Bundesumweltministerium zur Verfügung gestellten Fördermittel werden Investitionen in Höhe von rd. 2,36 Mrd. DM im Umweltschutz ermöglicht.

Der Einsatz modernster Technologien wird zur schnellstmöglichen Sanierung beitragen und als Modellfall weltweite Beachtung finden.

2. Umweltschutz in Gesamtdeutschland

Nachdem die zentralen Umweltgesetze bereits in der vergangenen Legislaturperiode novelliert worden sind, sehen wir Handlungsbedarf vor allem in folgenden Bereichen:

Der Produzent muß künftig die Verantwortung für den gesamten Lebenszyklus von Produkten tragen. Dies setzt u. a. voraus:

- Novellierung des **Abfallgesetzes** — vor allem im Hinblick auf neue Produktverantwortung für Verwertung und Entsorgung, vorrangiges Vermeidungsgebot, Vorrang der stofflichen Verwertung vor der thermischen Behandlung bzw. Verwertung.
- **Überprüfung des Stoffrechts** unter besonderer Berücksichtigung des Schutzes vor Gefahrstoffen in Innenräumen und der Förderung beschleunigter Stoffsubstitution.

Zur Gestaltung von Natur und Landschaft bedarf es u. a. der Weiterentwicklung des **Bundesnaturschutzgesetzes** unter besonderer Beachtung der Landwirtschaft sowie eines **Bodenschutzgesetzes** mit gesetzlich festgelegten Bodenwerten.

3. Harmonisierung auf EG-Ebene

Mit der Errichtung des Europäischen Binnenmarkts wird die Gemeinschaft zum größten einheitlichen Wirtschaftsraum der westlichen Welt. Mit bedeutenden zusätzlichen Wachstumsimpulsen ist zu rechnen. Hieraus ergeben sich verschiedene Herausforderungen für den Umweltschutz:

Das zu erwartende höhere Wirtschaftswachstum darf nicht zu mehr Umweltbelastungen führen. So darf etwa der zu erwartende Transportzuwachs nicht zu zusätzlicher Luftverschmutzung führen. Daher ist u. a. eine unverzügliche Fortschreibung des Stands der Technik im Bereich der Nutzfahrzeuge unabdingbar.

Aus der besonderen politischen und wirtschaftlichen Bedeutung der EG aufgrund des Binnenmarkts folgt eine erhöhte Verantwortung bei der Lösung globaler Umweltprobleme, wie z. B. Ozonabbau und Treibhauseffekt sowie Erhaltung der tropischen Regenwälder.

Der Europäischen Gemeinschaft ist weltweit Modellcharakter beizumessen. Diese einzigartige Institution wird nicht nur an ihren wirtschaftlichen Erfolgen, sondern von der übrigen Welt auch daran gemessen, wie es der EG gelingt, diesen Wohlstand ökologisch vertretbar zu machen. Dies setzt harmonisierte Umweltstandards auf hohem Niveau voraus.

4. Globale Probleme

Die bedrohlichsten Umweltgefahren für die Erde stellen der **Ozonabbau** in der Stratosphäre und der **Treibhauseffekt** dar. Zur Eindämmung dieser Gefahren bedarf es tiefgreifender Maßnahmen vor allem im Energie- und Verkehrsbereich. Die Koalitionsvereinbarung wird hierzu ent-

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Wohnnahe Sport- und Spielplätze

Mit der Sportanlagenlärmschutzverordnung zieht die Bundesregierung die notwendigen Konsequenzen aus dem sog. Tegelsbarg-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, erklärt der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Engelbert Nelle. Mit den vorgenommenen Differenzierungen zwischen Verkehrs- und Gewerbelärm einerseits und den mit der Sportausübung verbundenen Geräuschen schafft sie die erforderliche Rechtssicherheit.

Der Unsinn, Sportanlagen mit Malus-Zuschlägen zu belasten, hat damit ein Ende. Die soziale Aufgabe des Sports wird anerkannt. Damit sind die wohnnahen Spiel- und Sportanlagen nicht mehr länger von Schließung und Beeinträchtigung bedroht.

Sport kann weiterhin da betrieben werden, wo die Menschen, vor allem die Kinder, Jugendlichen und Ältere ihn problemlos erreichen können. Mit dem Baugesetzbuch, das die Ausweisung von Sportanlagen im kommunalen Planverfahren vorgibt, was bis dahin nicht vorgesehen und Ursache zahlreicher Klagen war, der neuen Baunutzungsverordnung, die die wohnnahe Sportanlage auch in Zukunft ermöglicht, und der Rechtsverordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz liegt jetzt ein Instrumentarium vor, das Planern und Betreibern von Sport- und Spielanlagen Rechtssicherheit gibt. Investitionen in den Sport bleiben Investitionen in die Zukunft. Der Stellenwert des Sports in unserer Gesellschaft wurde damit erheblich gefestigt.

Die Rechtsverordnung trägt auch zum Ausgleich zwischen den Belangen von Sport und Umwelt bei, denn die Beeinträchtigung der Natur durch neue Anlagen kann unterbleiben. ■

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

sprechende Maßnahmen enthalten. Dabei werden im Vordergrund die Verbesserung der Energieeffizienz, die rationellere Energieverwendung, die Energieeinsparung sowie der Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien stehen.

5. Marktwirtschaftliche Instrumente

Zur Durchsetzung unserer Ziele ist ein Mischkonzept von Abgabenlösungen, Anreizsystemen und ordnungsrechtlichen Maßnahmen notwendig.

Zu den marktwirtschaftlichen Instrumenten gehören in erster Linie Anreize für umweltgerechtes Verhalten in Produktion und Konsum. Soweit darüber hinaus Abgaben notwendig sind, muß das Abgabenaufkommen gezielt für die Umweltentlastung eingesetzt werden. Abgaben müssen die Motivation im Verhalten beeinflussen und als Anreiz für technischen Fortschritt und sparsame Nutzung von Ressourcen dienen.

Marktwirtschaftliche Instrumente wie z. B. die Einführung des bleifreien Benzins mit Hilfe der Steuerspreizung bzw. des geregelten Drei-Wege-Katalysators oder die Abwasserabgabe haben sich zugunsten der Umwelt hervorragend bewährt. Sie sind keine allgemeinen Finanzierungsinstrumente und dürfen daher nicht zur Finanzierung umweltfremder Aufgaben verwendet werden. ■

Breite Akzeptanz der neuen familienpolitischen Leistungen

96 Prozent aller Mütter oder Väter nehmen Erziehungsgeld in Anspruch; sogar 98 Prozent aller in einem Beschäftigungsverhältnis stehenden Eltern nutzen den Erziehungsurlaub.

Das geht aus einem Bericht der Bundesregierung an den Bundestag über die Erfahrungen mit Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub hervor, den das Bundeskabinett kürzlich verabschiedet hat.

Die hohe Akzeptanz des Bundeserziehungsgeldgesetzes zeigt, daß die Bundesregierung hier eine wichtige und richtige Hilfe für junge Familien bereitgestellt hat. Ab 1. Januar 1991 kommen auch Mütter oder Väter in den fünf neuen Bundesländern in den Genuß dieser Leistung.

Der Bericht umfaßt den Zeitraum von 1986 bis 1988, bezieht also die zum 1. Juli 1990 erfolgte Verlängerung des Bezugs von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub auf jetzt 18 Monate noch nicht ein.

Die Aufwendungen des Bundes für das Erziehungsgeld sind von 1,664 Milliarden Mark im Jahr 1986 auf 4,042 Milliarden Mark im Jahr 1989 gestiegen. Diese Steigerung hat ihre Ursache in der Verlängerung der Bezugsdauer von zunächst zehn auf zwölf Monate und in der Zunahme der Geburten (Ausgaben 1990: ca. 4,5 Milliarden Mark bei Verlängerung auf 18 Monate ab 1. Juli 1990).

Die Inanspruchnahme beim Erziehungsgeld liegt bei etwa 96 Prozent. Dies zeigt die hohe Akzeptanz der neuen Leistung bei den Eltern. Der Anteil der Männer an den Erziehungsgeldbeziehern blieb mit jeweils 1,4 Prozent in den Jahren 1986 bis 1988 unverändert gering. Der Anteil der Alleinerziehenden liegt bei etwa zehn Prozent.

Erziehungsgeld in voller Höhe erhalten ab dem siebten Lebensmonat des Kindes etwa 83 Prozent der Berechtigten. Lediglich etwa acht Prozent der Eltern haben nach dem sechsten Lebensmonat ihres Kindes keinen Anspruch auf Erziehungsgeld.

Die Zahl der Erwerbstätigen unter den Erziehungsgeldberechtigten beträgt etwa 46 Prozent.

Im Anschluß an die Zahlung von Erziehungsgeld nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz wird in den Ländern Baden-Württemberg und Bayern Landeserziehungsgeld und in den Ländern Berlin und Rheinland-Pfalz Familiengeld gezahlt.

Bericht über Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub

Die Inanspruchnahme beim Erziehungsurlaub liegt bei 98 Prozent; der Anteil der Männer beträgt lediglich 0,6 Prozent. Der Anteil der Erziehungsurlauberinnen, die eine Teilzeitbeschäftigung ausüben, ist mit 2,2 bzw. 2,6 Prozent auffallend niedrig.

Nach den bisher vorliegenden Angaben der Länder für das Jahr 1989 kann man davon ausgehen, daß die Zahlen beim Erziehungsgeld und beim Erziehungsurlaub denen des Vorjahres entsprechen.

Die Inanspruchnahme beim Erziehungsurlaub ist innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche unterschiedlich hoch. Die Unterschiede ergeben sich insbesondere

Für EG-weites FCKW-Verbot ab 1997

Aus Anlaß einer Debatte über die 2. Weltklimakonferenz in Genf erklärte der CDU-Politiker im Europäischen Parlament Karl-Heinz Florenz, daß die Bedrohung des Lebensraumes Erde durch Veränderungen des Klimas von Jahr zu Jahr zunimmt.

Die Folgen des Treibhauseffektes und der Zerstörung des Ozonlochs sind unabsehbar, sagte Florenz, der den angenommenen Antrag für die EVP-Fraktion unterzeichnete. Die Folgen einer Temperaturerhöhung für die Erde sind dramatisch: Die globale Erwärmung führt zu einem Anstieg des Meeresspiegels um fast 1 Meter bis zum Jahr 2100. Küstennahe Gebiete und Inseln werden unbewohnbar!

Florenz: Es ist bedauerlich, daß die zweite Weltklimakonferenz keinen Beschluß über die Ergreifung konkreter Maßnahmen gefaßt hat. Jetzt kommt es darauf an, daß tatsächlich gehandelt wird.

Wir müssen alle nur möglichen Anstrengungen unternehmen, um die verfügbaren Kohlendioxyd-Minderungspotentiale soweit wie möglich auszuschöpfen. Ich fordere die Kommission auf, umgehend Vorschläge vorzulegen für ein EG-weites Verbot des Verbrauchs und der Produktion aller Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) spätestens ab 1997.

Die Volkswirtschaften im industrialisierten Norden der Welt haben bekanntlich einen unverhältnismäßig hohen Anteil am Kohlendioxydausstoß. Darüber hinaus sollten bis zum Jahr 2005 die Kohlendioxyd-Emissionen in der EG um mindestens 30 Prozent reduziert werden. Und schließlich brauchen wir in der gemeinschaftlichen Umweltpolitik eine Klimaschutzabgabe.

aus der jeweiligen Betriebsgröße und Strukturmerkmalen wie z. B. Anteil der weiblichen Beschäftigten, Alters- und Qualifikationsstrukturen.

Der Erziehungsurlaub hat positive Beschäftigungseffekte; sie haben gegenüber dem kürzeren Mutterschaftsurlaub zugenommen. Für etwa 49 Prozent der Erziehungsurlauberinnen wurden von den Betrieben neue Arbeitskräfte eingestellt. Als Ausgleich für den Arbeitsausfall von Erziehungsurlauberinnen werden auch eine Reihe betriebsinterner Maßnahmen getroffen, wie z. B. betriebsinterne Umsetzungen, Aufgabenverlagerungen sowie die vermehrte Übernahme von Auszubildenden.

Die Rückkehrquote in den Betrieb nach Ende des Erziehungsurlaubs beträgt etwa 47 Prozent. Als Gründe für die Nichtwiederaufnahme der Erwerbstätigkeit werden die ausschließliche Betreuung des Kindes in den ersten Lebensjahren und unzureichende Rahmenbedingungen wie fehlende Betreuungsmöglichkeiten für das Kind oder ein mangelndes Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen aufgeführt.

Große Unternehmen haben über die Regelungen des Bundeserziehungsgeldgesetzes hinaus durch Betriebsvereinbarungen die Möglichkeit geschaffen, daß sich Mütter zwischen zwei und zehn Jahren für die Kinderbetreuung beurlauben lassen können.

Seminar-Termine 1991

Betriebsräte-Seminare 1991

14.—18. 1. 1991 „Arbeitsrecht I"

28. 1.—1. 2. 1991 „Wie arbeite ich als Betriebsrat"

18.—22. 2. 1991 „Was ein Betriebs- u. Personalrat über Wirtschaft wissen muß"

4.—8. 3. 1991 „Arbeitsrecht I"

11.—15. 3. 1991 „Wie arbeite ich als Betriebsrat?"

11.—15. 3. 1991 „Rhetorik für Betriebs- u. Personalräte" (Fortgeschrittene)

8.—12. 4. 1991 „Arbeitsrecht II"

15.—19. 4. 1991 „Schwerbehindertenvertretung im öffentlichen Dienst"

29. 4.—3. 5. 1991 „Suchtprophylaxe und Gesundheitsvorsorge als Aufgabe für Betriebs- u. Personalrat"

3.—6. 5. 1991 „Berufliche Bildung in Europa"

6.—10. 5. 1991 „Grundlagen der Gesprächsführung für BR"

6.—10. 5. 1991 „Einigungsstelle, Betriebsvereinbarung und Betriebsrat"

28.—31. 5. 1991 „Betriebs- und Personalräte im Europäischen Binnenmarkt"

3.—7. 6. 1991 „Schwerbehindertenvertretung im Betrieb"

3.—7. 6. 1991 „Praktische Betriebsräte-Einarbeitung" (Einführung für Betriebsräte aus der DDR)

17.—21. 6. 1991 „Arbeitsrecht II für Betriebsräte"

1.—5. 7. 1991 „Jugend- und Ausbildungsvertretung"

2.—6. 9. 1991 „Arbeitsrecht I für Betriebsräte"

2.—6. 9. 1991 "... de jure gleichberechtigt — auch in der EG?"

16.—20. 9. 1991 „Wie arbeite ich als Betriebsrat?"

30. 9.—4. 10. 1991 „BR und Europäischer Binnenmarkt 1992"

14.—18. 10. 1991 „Praktische Betriebsräte-Einarbeitung" (Einführung für Betriebsräte aus der DDR)

21.—25. 10. 1991 „Arbeitsrecht II für Betriebsräte"

11.—15. 11. 1991 „Wie arbeite ich als Betriebsrat?"

18.—22. 11. 1991 „Arbeitsrecht III"

18.—22. 11. 1991 „Rhetorik für Betriebsräte"

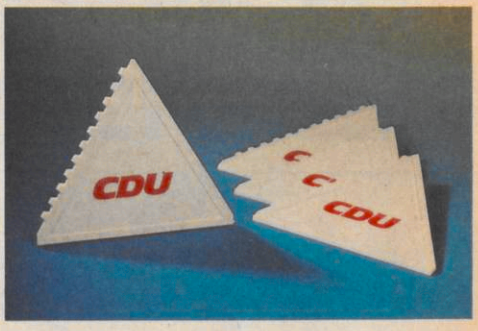
2.—6. 12. 1991 „Juristische Methodenlehre"

16.—20. 12. 1991 „Arbeitsrecht IV — neueste Rechtsprechung"

Nähere Einzelheiten zu diesem Seminar erfahren Sie im:

Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter
Johann-Albers-Allee 3
5330 Königswinter 1
Telefon (0 22 23) 7 31 17/7 31 18

Neu im Angebot



Eiskratzer

Bestell-Nr.: **9890**
Mindestabnahme: 100 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 60,— DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UiD
1/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.